

A3 Lobbyismus begrenzen – Demokratie stärken

Die Jusos Rostock setzen sich dafür ein, den Einfluss von Interessenverbänden auf die Arbeit von Parlamentariern zu begrenzen und die Arbeit der Mitglieder der Interessenverbände transparent zu machen.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, im Bundesrat bzw. im Landtag eine Initiative für eine gesetzliche Regelung einzubringen, die folgende Forderungen beinhaltet:

- (1) Alle Interessenvertreter_innen sind in einem öffentlich zugänglichen Register aufzuführen, das mindestens den Namen, die Dienstanschrift, den vertretenen Verband, dessen Geldgeber_in sowie Art und Umfang von Zusammenkünften mit einzelnen Mandats- oder Amtsträger_innen enthält.
- (2) Der Zugang zu dem Publikumsverkehr nicht offenstehenden Teilen von Parlaments- und Regierungsgebäuden darf Interessenvertreter_innen nur in begründeten, im Register zu dokumentierenden Ausnahmefällen dauerhaft gestattet sein.
- (3) Einführung einer gesetzlich verpflichtenden Karenzzeit von fünf Jahren für den Wechsel von wichtigen Mandats- und Amtsträger_innen auf Bundes- und Landesebene in die Bereiche der Wirtschaft, mit denen sie in ihrem öffentlichen Mandat oder Amt in engem Kontakt standen.
- (4) Einführung einer Dokumentationspflicht für die Herkunft externer Beiträge zu Gesetzgebungsverfahren.

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion aus Mecklenburg-Vorpommern fordern wir auf, innerhalb der Bundestagsfraktion für eine flankierende Initiative im Bundestag sowie für die Offenlegung der Namen aller Interessenvertreter_innen mit dauerhaftem Zugang zu den Gebäuden des Bundestags insbesondere derjenigen auf Einladung der SPD einzutreten.

Des Weiteren fordern wir die SPD-Europaabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern auf, innerhalb der S&D-Fraktion im Europaparlament für eine entsprechende Regelung für die europäischen Institutionen zu werben.